

Junge Gruppe kritisiert „Basta-Politik“, bis zu 50 Abgeordnete dagege...

Redaktion

Das von der Bundesregierung geplante Rentenpaket stößt weiterhin auf erheblichen Widerstand. In der Unionsfraktion hält die Junge Gruppe an ihrer Ablehnung fest. Vorsitzender Pascal Reddig erklärte dem *stern*: „Wir sehen an dem Gesetzentwurf noch Änderungsbedarf und halten das Gesetz im Moment nicht für zustimmungsfähig. Daran hat sich natürlich nichts geändert.“ Er kritisierte zudem Finanzminister Lars Klingbeil, der Änderungen ausgeschlossen hatte: „Was ich nicht verstehe, ist, warum der SPD-Vizekanzler jetzt per Basta-Machtwort beschließt, dass es keine Änderungen am Gesetzesentwurf mehr geben darf.“ Reddig betonte zugleich: „Es gibt Lösungen, wenn auch die SPD ein Interesse daran hat.“

Unterstützung erhält er von Johannes Winkel, Vorsitzender der Jungen Union. In den *ARD Tagesthemen* warnte er: „Man darf jetzt keine Vorfestlegung bis in die 30er-Jahre treffen, mit über 120 Milliarden Euro, die jetzt beschlossen werden sollen.“ Die laufenden Beratungen bezeichnete er als normalen Vorgang: „Also das ist kein großer Skandal, sondern das ist Demokratie pur.“

Die insgesamt 18 jungen Abgeordneten kritisieren insbesondere die geplante Festschreibung des Rentenniveaus von mindestens 48 Prozent über das Jahr 2031 hinaus. Dies sei nicht Bestandteil des Koalitionsvertrags und würde nach ihren Berechnungen bis 2040 zusätzliche Kosten von 115 Milliarden Euro verursachen. Die Koalition verfügt im Bundestag lediglich über eine knappe Mehrheit von zwölf Stimmen. Sollte die Junge Gruppe bei ihrer Haltung bleiben, wäre das Rentenpaket mit Stimmen der Koalition nicht mehrheitsfähig.

Merz und Klingbeil machten erneut deutlich, dass es „keine Änderung am Paket“ geben werde und die Verabschiedung Anfang Dezember erfolgen solle. Für zentrale Elemente wie die Aktivrente sei eine schnelle Verabschiedung nötig, „müssen wir dieses Gesetzgebungspaket durch den Bundestag bringen.“ Zudem betonte Merz: „Wir werden länger arbeiten müssen.“ Einen möglichen Kompromiss über einen Entschließungsantrag stellte er in Aussicht, kündigte aber an, dass die Rentenkommission „über eine grundsätzliche Reform“ beraten werde.

Doch der Widerstand scheint noch breiter zu sein. Mehrere Abgeordnete der Union erklärten auf Anfrage der *Bild*, dass Nachverhandlungen notwendig seien – darunter Peter Aumer, Sandra Carstensen, Carsten Müller und Lukas Krieger. Andere Parlamentarier wollten sich mit Verweis auf laufende Gespräche noch nicht positionieren. Aus Fraktionskreisen heißt es gegenüber der *Bild*, die Zahl der Kritiker liege eher bei 40 bis 50 Abgeordneten. Aus Regierungskreisen ist deutliche Unsicherheit zu hören. Ein hochrangiger Vertreter räumte ein: „Ich habe keine Idee, wie das Problem gelöst werden kann.“

Lesen Sie auch:





Bereits Bildungsministerin Karin Prien sowie der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer versagten Merz ihre Zustimmung (mehr dazu [hier](#)). Auch die Grünen wollen das Rentenpaket nicht unterstützen. Die Fraktion teile zwar das Ziel eines stabilen Rentenniveaus, vermisste jedoch Reformen zugunsten jüngerer Generationen.

Aus der SPD kommt Kritik an der zugespitzten Debatte. Generalsekretär Tim Klüssendorf warnte: „Mehr als 50 Prozent haben gar keine andere Altersvorsorge als die gesetzliche Rentenversicherung. Im Osten Deutschlands sind es fast drei Viertel.“ Arbeitsministerin Bärbel Bas betonte, ein stabiles Rentenniveau sichere steigende Renten und erklärte: „Darum kämpfen wir als SPD dafür, das Rentenniveau langfristig auch über 2031 hinaus zu stabilisieren.“

ha
